

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2009

Die Ausgaben des Bundes lagen 2009 mit 69,457 Mrd. EUR um 5,021 Mrd. EUR (-6,7 %) unter jenen im Jahr 2008 (74,477 Mrd. EUR). Gleichzeitig blieben jedoch auch die Einnahmen unter jenen des Vorjahres. Sie lagen mit 62,376 Mrd. EUR um 2,537 Mrd. EUR unter den Einnahmen 2008 (-3,9 %).

Das Defizit betrug 7,080 Mrd. EUR und war um 6,506 Mrd. EUR (-47,9 %) geringer als im Voranschlag (-13,586 Mrd. EUR) angenommen sowie um 2,484 Mrd. EUR (-26,0 %) geringer als das Defizit im Jahr 2008 (-9,564 Mrd. EUR). Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben lag bei 2,6 % des BIP.

Im Jahr 2009 war der Primärsaldo des Bundes erstmals seit 1996 negativ (-5,343 Mrd. EUR). Das bedeutet, dass der Bund nicht nur den Zinsaufwand, sondern auch die operativen Ausgaben durch weitere Schulden finanzieren musste.

Die Finanzschulden des Bundes stiegen um 6,5 % auf 176,464 Mrd. EUR, die Netto-Neuverschuldungsquote lag bei 4,0 % des BIP, die Verpflichtungen künftiger Finanzjahre stiegen um 5,3 % auf 108,476 Mrd. EUR, die Haftungen erhöhten sich um 10,6 % auf 124,479 Mrd. EUR.

Laut Finanzrahmen 2011 bis 2014 wächst die Ausgabenobergrenze für „Kassa und Zinsen“ von 12,1 % (2009) auf 14,7 % (2014). Die Ausgabenobergrenzen für die Rubriken „Recht und Sicherheit“, „Bildung und Forschung, Kunst und Kultur“ sowie „Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt“ sinken jeweils um bis zu einem Prozentpunkt. Die wachsenden Zinslasten werden daher den Spielraum für „zukunftsbezogene Ausgaben“ beschränken.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hatte maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahr 2009. Die finanzielle Vorsorge für das Bankenhilfspaket wirkte sich auf den Haushaltssaldo aus und der Wirtschaftsabschwung machte sich besonders bei der Entwicklung der Abgabeneinnahmen, der Gebarung der Arbeitsmarktpolitik und dem Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung bemerkbar.

DER BUNDESHAUSHALT IM JAHR 2009

Der Bundeshaushalt im Jahr 2009 (TZ 2.4)

Die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts lagen mit 69,457 Mrd. EUR um 8,013 Mrd. EUR (-10,3 %) unter dem veranschlagten Betrag (77,470 Mrd. EUR) und um 5,021 Mrd. EUR (-6,7 %) unter den tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2008 (74,477 Mrd. EUR).

Gleichzeitig blieben auch die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts im Jahr 2009 unter dem Voranschlag und dem Erfolg des Vorjahres. Sie lagen mit 62,376 Mrd. EUR um 1,508 Mrd. EUR (-2,4 %) unter dem Voranschlag (63,884 Mrd. EUR) und gingen gegenüber den tatsächlichen Einnahmen im Jahr 2008 (64,913 Mrd. EUR) um 2,537 Mrd. EUR zurück (-3,9 %).

Bundeshaushalt im Überblick

Erfolg	Voranschlag	Erfolg	Veränderung	Abweichung
2008	2009	2009	Erfolg 2008 : Erfolg 2009	VA 2009 : Erfolg 2009
in Mrd. EUR			in %	in Mrd. EUR in %

Allgemeiner Haushalt

Ausgaben	74,477	77,470	69,457	- 5,021	- 6,7	- 8,013	- 10,3
Einnahmen	64,913	63,884	62,376	- 2,537	- 3,9	- 1,508	- 2,4
Saldo (Abgang)	- 9,564	- 13,586	- 7,080	+ 2,484	- 26,0	+ 6,506	- 47,9

Ausgleichshaushalt

Ausgaben	42,190	101,769	45,266	+ 3,075	+ 7,3	- 56,504	- 55,5
Einnahmen	51,755	115,355	52,346	+ 0,591	+ 1,1	- 63,009	- 54,6
Saldo (Überschuss)	9,564	13,586	7,080	- 2,484	- 26,0	- 6,506	- 47,9

Gesamthaushalt

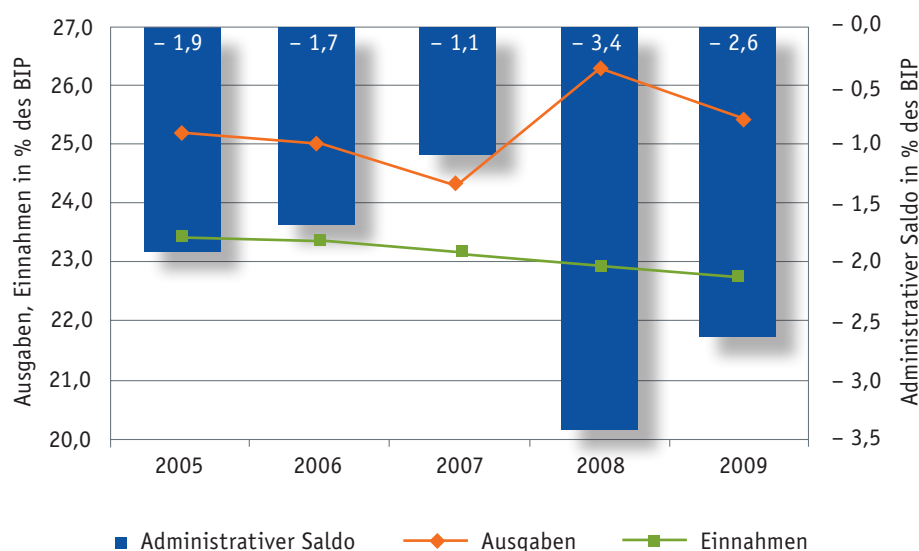
Ausgaben	116,668	179,239	114,722	- 1,946	- 1,7	- 64,517	- 36,0
Einnahmen	116,668	179,239	114,722	- 1,946	- 1,7	- 64,517	- 36,0
Saldo	-	-	-	-	-	-	-

Kurzfassung

Administrativer Saldo (Abgang) des Bundes

Das Defizit des Allgemeinen Haushalts betrug 7,080 Mrd. EUR und war um 6,506 Mrd. EUR (-47,9 %) geringer als im Voranschlag (-13,586 Mrd. EUR) angenommen sowie um 2,484 Mrd. EUR (-26,0 %) geringer als das Defizit im Jahr 2008 (-9,564 Mrd. EUR). Im Zeitraum 2005 bis 2009 stellt sich der administrative Saldo (in % des BIP) wie folgt dar:

Entwicklung des Saldos des Bundes (in % des BIP)



Die Grafik zeigt auf der linken Skala die Einnahmen und Ausgaben in Prozent des BIP für die Jahre 2005 bis 2009. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt den administrativen Saldo, welcher auf der rechten Skala dargestellt ist.

Die Schere zwischen den Ausgaben und Einnahmen beträgt im Jahr 2009 2,6 % des BIP.

Bedeutende Entwicklungen im Bundeshaushalt 2009 (TZ 2.5)

Die Wirtschafts- und Finanzkrise war bedeutend für die Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahr 2009. Die finanzielle Vorsorge für das Bankenhilfspaket wirkte sich auf den Haushaltssaldo aus und der Wirtschaftsabschwung machte sich besonders bei der Entwicklung der Abgabeneinnahmen, der Gebarung der Arbeitsmarktpolitik und dem Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung bemerkbar.

Fiskalische Wirkungen der Finanzkrise

Das „Bankenhilfspaket“ hatte einen wesentlichen Einfluss auf die administrativen Haushaltssalden der Finanzjahre 2008 und 2009. Bereits im Jahr 2008 wurde mit einer Schuldenaufnahme von 8,000 Mrd. EUR für die Bankenhilfe vorgesorgt, wovon 2008 aber nur ein geringer Betrag in Höhe von 0,900 Mrd. EUR in Anspruch genommen wurde. Der Rest wurde den Haushaltsrücklagen zugeführt, die sich aus diesem Grund 2008 stark erhöhten (+ 6,778 Mrd. EUR). Der rücklagenbereinigte Abgang lag 2008 daher mit 2,786 Mrd. EUR auch deutlich unter dem administrativen Abgang des Allgemeinen Haushalts (9,564 Mrd. EUR).

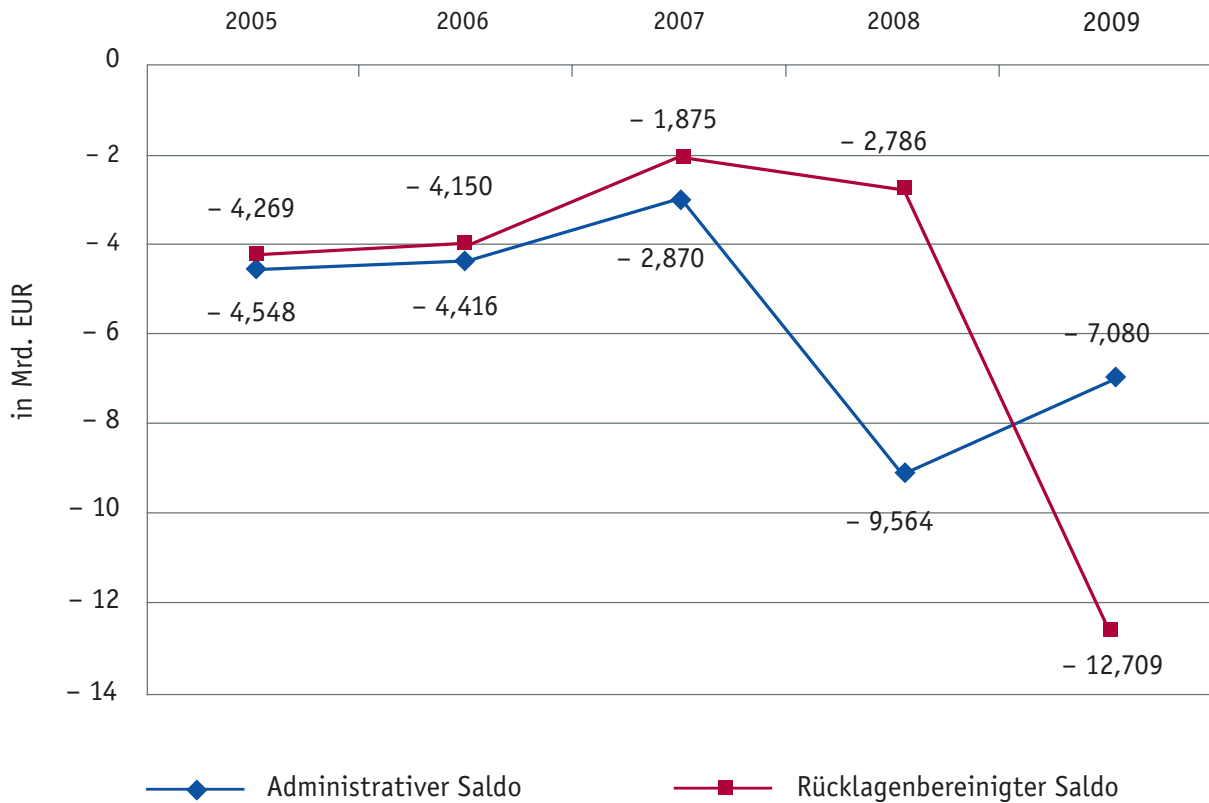
Entwicklung des Abgangs

	Erfolg	Voranschlag	Erfolg	Veränderung		Abweichung	
	2008	2009	2009	Erfolg 2008 : Erfolg 2009		VA 2009 : Erfolg 2009	
	in Mrd. EUR			in %		in Mrd. EUR	in %
Abgang des Allgemeinen Haushalts	- 9,564	- 13,586	- 7,080	+ 2,484	- 26,0	+ 6,506	- 47,9
Veränderung der Rücklagen	+ 6,778	- 5,840	- 5,629	- 12,407	- 183,0	+ 0,211	- 3,6
Abgang des Allgemeinen Haushalts, bereinigt um Rücklagenbewegungen	- 2,786	- 19,426	- 12,709	- 9,923	+ 356,2	+ 6,717	- 34,6

2009 wurden 4,836 Mrd. EUR zur Bedeckung der Ausgaben gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz (Bankenhilfspaket) aus der Ausgleichsrücklage verwendet. Insgesamt nahm die Summe der Haushaltsrücklagen um 5,629 Mrd. EUR ab. Der rücklagenbereinigte Abgang war 2009 mit 12,709 Mrd. EUR (2008: 2,786 Mrd. EUR) um 9,923 Mrd. EUR (+356,2 %) deutlich höher als im Jahr 2008.

Kurzfassung

Entwicklung des administrativen und des rücklagenbereinigten Saldos im Vergleich



Die Grafik veranschaulicht die Auswirkungen der Bildung und Auflösung von Rücklagen im Zusammenhang mit dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (Bankenhilfspaket) auf den administrativen Saldo des Bundes.

Entwicklung der Abgaben

Das negative reale Wachstum von -3,9 % bewirkte im Jahr 2009 einen Einbruch der Steuereinnahmen. Zusätzlich minderte die Steuerreform 2009¹ die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer (laut Budgetbericht 2009/2010: 2,135 Mrd. EUR).

Die öffentlichen Abgaben (Untergliederung 16) als größte Einnahmenquelle des Bundes betragen im Jahr 2009 brutto 63,314 Mrd. EUR und waren um 5,214 Mrd. EUR (-7,6 %) niedriger als im Jahr 2008 (68,528 Mrd. EUR). Auch

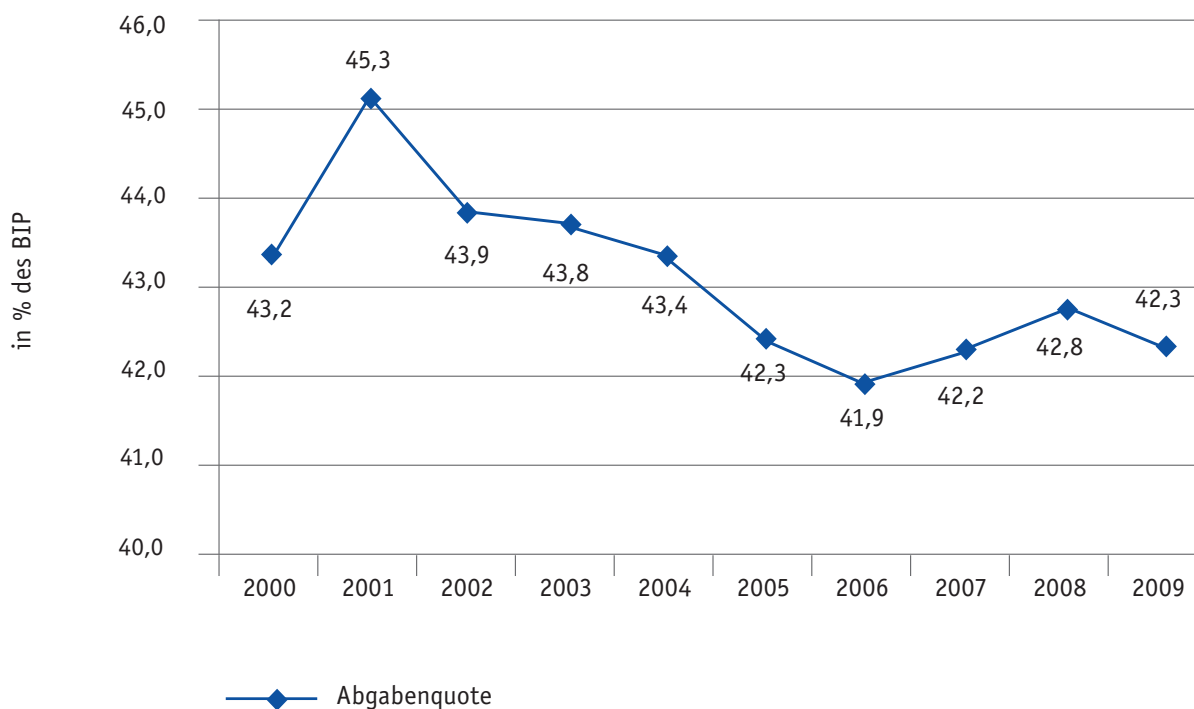
¹ Tarifsenkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie Entlastung von Familien mit Kindern.

Die Steuereinnahmen im Jahr 2009 lagen auch um 1,452 Mrd. EUR (-2,2 %) unter dem Voranschlag (64,767 Mrd. EUR). Nach Abzug der Ab-Überweisungen an Länder und Gemeinden (I) sowie an EU (II) betrugen die Nettosteuer-einnahmen 37,638 Mrd. EUR und lagen damit um 16,3 % (-7,323 Mrd. EUR) unter den Nettosteuer-einnahmen von 2008 (44,961 Mrd. EUR) bzw. um 1,124 Mrd. EUR (-2,9 %) unter dem Voranschlag (38,762 Mrd. EUR). Die Ab-Überweisungen an Länder und Gemeinden (I) lagen um 8,7 % über dem Wert von 2008, die Ab-Überweisungen an EU (II) um 11,2 %.

Der Wirtschaftseinbruch wirkte sich vor allem auf die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (-2,100 Mrd. EUR bzw. -35,4 %) und aus den Kapitalertragsteuern (-0,429 Mrd. EUR/-27,2 % bzw. -0,307 Mrd. EUR/-14,1 % auf Zinsen) aus. Der Rückgang der Einnahmen aus der Lohnsteuer (-1,411 Mrd. EUR bzw. -6,6 %) beruhte zudem auf der Steuerreform 2009.

Die gesamtstaatliche Abgabenquote laut VGR im Finanzjahr 2009, d.h. die Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des BIP, belief sich auf 42,3 % und fiel aufgrund der rückläufigen Steuereinnahmen um 0,5 Prozentpunkte gegenüber 2008.

Entwicklung der Abgabenquote 2000 bis 2009 (in % des BIP)



Quelle: Statistik Austria

Kurzfassung

Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung

Die steigende Divergenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Pensionsversicherungsträger führte im Jahr 2009 auch zu einem Anstieg des Beitrags des Bundes zur Pensionsversicherung. Die Ausgaben stiegen mit 7,655 Mrd. EUR gegenüber dem Jahr 2008 (6,677 Mrd. EUR) um 14,6 % (+0,978 Mrd. EUR), gegenüber dem Voranschlag 2009 (7,363 Mrd. EUR) um 4,0 % (+0,292 Mrd. EUR).

Gebarung der Arbeitsmarktpolitik

Die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik betragen 5,686 Mrd. EUR im Jahr 2009 (2008: 4,650 Mrd. EUR) und stiegen gegenüber 2008 um 22,3 % (+1,036 Mrd. EUR). Davon waren besonders die Leistungen gemäß AIVG (insb. Arbeitslosengeld) betroffen. Diese Ausgaben stiegen gegenüber 2008 (3,371 Mrd. EUR) um rund ein Viertel (+0,849 Mrd. EUR) auf 4,220 Mrd. EUR im Jahr 2009. Gleichzeitig gingen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 4,717 Mrd. EUR auf 4,621 Mrd. EUR um 0,096 Mrd. EUR (-2,0 %) zurück, wodurch der Gesamtsaldo zwischen Ausgaben und Einnahmen der Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2009 ein Defizit von 1,009 Mrd. EUR aufwies. Im Jahr 2008 gab es in der Gebarung noch einen Überschuss in der Höhe von rund 0,074 Mrd. EUR.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung (TZ 2.2, 2.6)

Die Bundesregierung zog bei der Budgeterstellung 2009 die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der WIFO-März-Prognose 2009 heran. In der folgenden Darstellung werden den Prognosewerten die Ist-Werte für 2009 gegenübergestellt.

Wirtschaftliche Daten der Budgeterstellung

	Basis für Budgeterstellung (Wifo 3/09)	Ist-Werte 2009	Abweichung
Veränderung in %			
Bruttoinlandsprodukt			
real	- 2,2	- 3,9	- 1,7
nominell	- 0,7	- 3,1	- 2,4
nominell absolut (Mrd. EUR)	280,1	274,3	- 5,8
Verbraucherpreise	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1
Lohn- und Gehaltssumme, brutto			
nominell	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,1
pro Kopf, nominell	+ 2,7	+ 2,3	- 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 1,2	- 1,4	- 0,2
Arbeitslose			
in 1000 gegenüber dem Vorjahr	+ 53,0	+ 48,1	- 4,9
in 1000	265,3	260,3	- 5,0
Arbeitslosenquote			
in % der unselbständig Beschäftigten	7,3	7,2	- 0,1

Quelle: Statistik Austria, Wifo

Das Wachstum der Verbraucherpreise (+0,5 %), das Wachstum der Brutto-lohn- und Gehaltssumme (+1,4 %) sowie die Zahl der Arbeitslosen (ca. 260.309 Personen, plus 48.056 gegenüber dem Vorjahr) bzw. die Arbeitslosenquote laut AMS (7,2 %) entwickelten sich besser als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen wurde.

Dagegen schrumpfte das BIP sowohl nominell (-3,1 %) als auch real (-3,9 %) stärker als dem BVA zugrunde gelegt wurde. Auch die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (-1,4 %) nahm stärker ab.

Kurzfassung

Auswirkungen der Budgetgebarung 2009 auf die Ziele der Haushaltsführung (TZ 2.7)

Rechtlicher Rahmen

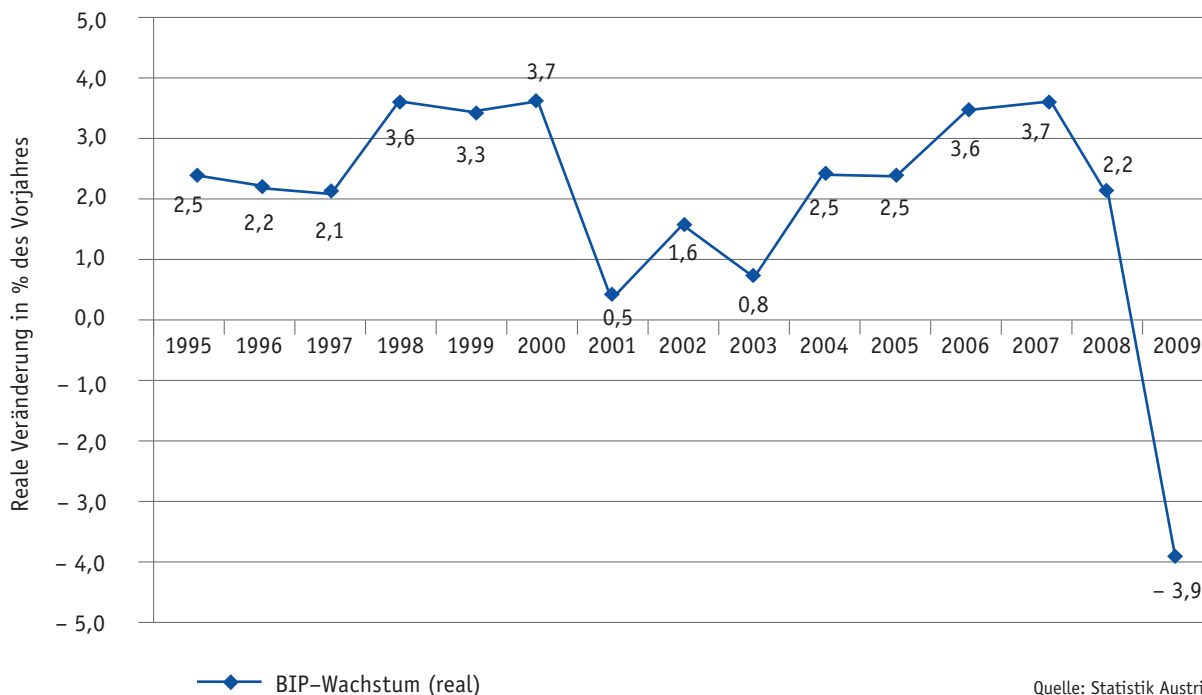
Die Haushaltsführung ist unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zu gestalten, wobei die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes (§ 2 BHG) sowie die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) zu berücksichtigen sind. Art. 13 Abs. 2 B-VG sieht überdies das Ziel der nachhaltig geordneten Haushalte vor.

Gemäß § 2 BHG zeichnet sich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem hohen Beschäftigtenstand, einem hinreichend stabilen Geldwert, der Sicherung des Wachstumspotenzials und der Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes aus.

Wachstum

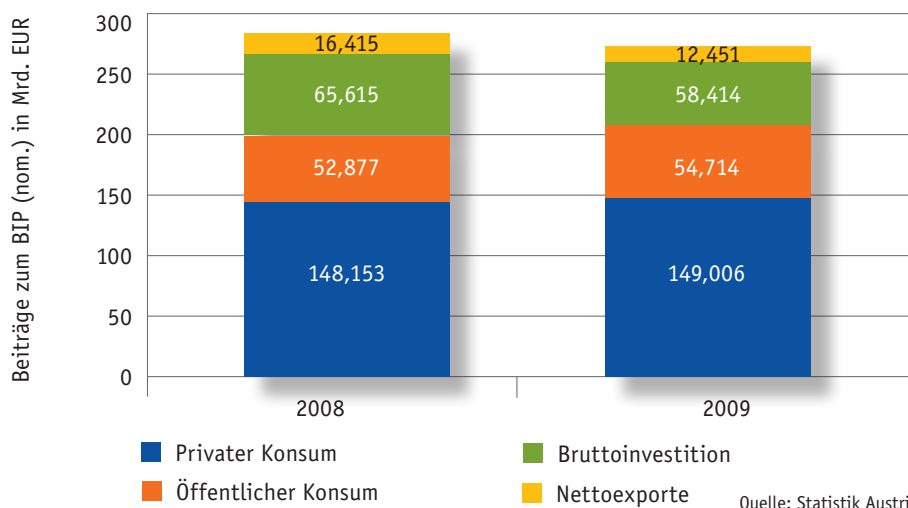
Das reale BIP-Wachstum war geprägt von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es betrug -3,9 % (2008: +2,2 %) über das gesamte Jahr 2009 und lag um 1,7 Prozentpunkte unter dem dem Bundesvoranschlag mit -2,2 % zugrunde gelegten Wert. Am stärksten schrumpfte das reale BIP gegenüber dem Vorjahr im zweiten Quartal des Jahres 2009 (-4,9 %), während der Rückgang im vierten Quartal deutlich geringer war (-1,2 %).

Entwicklung des realen BIP-Wachstums 1995 bis 2009



Das nominelle BIP-Wachstum lag mit -3,1 % (2008: +4,1 %) um 2,4 Prozentpunkte unter dem dem Bundesvoranschlag mit -0,7 % zugrunde gelegten Wert. Das nominelle BIP betrug 274,320 Mrd. EUR (2008: 283,085 Mrd. EUR). Die Konsumausgaben wirkten der Schrumpfung des BIP entgegen (Wachstumsbeitrag +1,0 %).

Zusammensetzung des nominellen BIP 2008 und 2009



Kurzfassung

Die Konsumausgaben betrugen 203,720 Mrd. EUR (2008: 201,029 Mrd. EUR) und stiegen um 1,3 % (real: +1,1 %). Dagegen fielen die Bruttoinvestitionen um 11,0 % (real: -12,7 %) auf 58,414 Mrd. EUR (2008: 65,615 Mrd. EUR) und ließen das BIP um 2,5 % schrumpfen. Sowohl die Exporte (138,618 Mrd. EUR) als auch die Importe (126,167 Mrd. EUR) sanken nominell um mehr als 15 %, wobei trotz stärkeren Exportrückgangs immer noch ein positiver Außenbeitrag (12,451 Mrd. EUR) verzeichnet werden konnte. Der Rückgang der Nettoexporte trug 1,4 % zur Schrumpfung des BIP bei.

Stabiler Geldwert

Die Preissteigerung (VPI) lag mit 0,5 % (2008: 3,2 %) etwas unter dem bei der Erstellung des BVA zugrunde gelegten Wert von 0,6 %. Die schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage und der Preisrückgang im Energiebereich dämpften die Preissteigerung gegenüber dem Vorjahr merklich.

Beschäftigungsstand

Die Bundesregierung nahm bei der Budgeterstellung einen Beschäftigungsrückgang (unselbständig aktiv Beschäftigte) von 1,2 % an. Tatsächlich ging im Jahr 2009 die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 1,4 % zurück. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren 3.682.610 Personen aktiv erwerbstätig, davon rd. 3.259.310 unselbständig aktiv beschäftigt. Die österreichische Beschäftigungsquote² sank von 72,1 % im Jahr 2008 auf 71,6 % im Jahr 2009.

Von 2008 auf 2009 stiegen die Arbeitslosenquoten auf 7,2 % (2008: 5,8 %) laut AMS (nationale Definition) und auf 4,8 % (2008: 3,8 %) laut Eurostat (internationale Definition) an. Der Budgeterstellung im März 2009 legte die Bundesregierung eine Arbeitslosenquote laut AMS (nationale Definition) von 7,3 % bzw. laut Eurostat (internationale Definition) von 5,0 % zugrunde.

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Im österreichischen Außenhandel gingen die Exporte der Güter um 20,2 % auf 93,739 Mrd. EUR (2008: 117,525 Mrd. EUR) zurück. Der Rückgang aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise machte sich bereits ab November 2008 bemerkbar. Das größte negative Wachstum gegenüber dem Vorjahr wurde im April 2009 (-29,9 %) verzeichnet. Im Dezember 2009 nahmen die Exporte um 1,8 % ab. Die Importe der Güter betrugen 97,574 Mrd. EUR (2008: 119,568 Mrd. EUR) und waren um 18,4 % geringer als im Vorjahr.

² Im Rahmen der "Europe 2020"-Strategie der EU soll eine Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen von 75 % erreicht werden.

Der Saldo der Außenhandelsbilanz war – wie bereits im Vorjahr – negativ. Der stärkere Rückgang der Exporte (-20,2 %) gegenüber den Importen (-18,4 %) im Jahr 2009 erhöhte das Defizit auf 3,835 Mrd. EUR (2008: -2,043 Mrd. EUR).

Ein umfassenderer Indikator zur Messung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist der Leistungsbilanzsaldo. Die Leistungsbilanz zeigt alle Transaktionen eines Jahres zwischen dem Inland und dem Ausland an. Sie umfasst Güter, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Transfers. Ein Leistungsbilanzüberschuss bedeutet einen Vermögenszuwachs im Inland, aber gleichzeitig einen Kapitalabfluss ins Ausland. Seit dem Jahr 2002 weist Österreich einen Leistungsbilanzüberschuss auf. Er lag 2009 bei 2,3 % des BIP (2008: 3,3 % des BIP) und fiel gegenüber 2008 um einen Prozentpunkt.

Nachhaltigkeit der Haushaltsführung

Um die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist im Allgemeinen ein Primärüberschuss des öffentlichen Haushalts nötig. Der Primärsaldo errechnet sich aus dem Saldo des Allgemeinen Haushalts bereinigt um die Veränderung der Rücklagen und die Zinsen. Ein positiver Primärsaldo wird als Primärüberschuss definiert. Der Primärsaldo gibt Aufschluss über die Auswirkungen der aktuellen Budgetpolitik auf die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Im Jahr 2009 war der Primärsaldo des Bundes erstmals seit 1996 negativ (-5,343 Mrd. EUR). Das bedeutet, dass der Bund nicht nur den Zinsaufwand, sondern auch die operativen Ausgaben durch weitere Schulden finanzieren musste.

Berechnung des Primärsaldos für die Jahre 2005 bis 2009

	2005		2006		2007		2008		2009	
	Mrd. EUR	% des BIP	Mrd. EUR	% des BIP	Mrd. EUR	% des BIP	Mrd. EUR	% des BIP	Mrd. EUR	% des BIP
Ausgaben	61,422	25,2	64,338	25,0	65,897	24,2	74,477	26,3	69,457	25,3
Einnahmen	56,874	23,3	59,921	23,3	63,027	23,2	64,913	22,9	62,376	22,7
Saldo des Allgem. Haushalts (Administrativer Saldo)	- 4,548	- 1,9	- 4,416	- 1,7	- 2,870	- 1,1	- 9,564	- 3,4	- 7,080	- 2,6
Veränderung der Rücklagen	0,279	0,1	0,267	0,1	0,995	0,4	6,778	2,4	- 5,629	- 2,1
Zinsen abzüglich Swap-Zins-Einnahmen	7,592	3,1	7,951	3,1	8,068	3,0	7,478	2,6	7,366	2,7
Primärsaldo des Bundes	3,323	1,4	3,802	1,5	6,193	2,3	4,692	1,7	- 5,343	- 1,9

Quelle: HIS, eigene Berechnung

Kurzfassung

Der Bundeshaushalt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Verpflichtungen auf EU-Ebene (TZ 2.8)

Stabilitätsprogramm und budgetäre Notifikation

Die in Artikel 126 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (ex-Art. 104 EGV) festgelegten fiskalen Rahmenbedingungen sowie das beigefügte Protokoll mit den definierten Referenzwerten (Maastricht-Kriterien) für öffentliche Defizite (3 % des BIP) und Schuldenstände (60 % des BIP) stellen wichtige Kriterien für die multilaterale Überwachung und Steuerung der europäischen Währungs- und Wirtschaftspolitik dar. Österreich – als Mitglied der Eurozone – ist verpflichtet, jährlich ein Stabilitätsprogramm vorzulegen, in welchem der Budget- und Schuldenpfad, das mittelfristige Budgetziel sowie die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen dargestellt werden. Weiters verpflichtet sich Österreich, zweimal jährlich Daten über die Budgetentwicklung an die Europäische Kommission zu übermitteln (budgetäre Notifikation).

Sowohl das Stabilitätsprogramm als auch die budgetäre Notifikation basieren auf dem ESVG 95 und bilden daher den konzeptionellen Rahmen für die Vergleichbarkeit unter den EU-Mitgliedstaaten. Zur gesamtstaatlichen Betrachtung des Staatshaushalts gruppiert die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung den Staat in vier Teilsektoren: Bundessektor, Landesebene, Gemeindeebene und Sozialversicherungsträger. Sowohl für das öffentliche Defizit als auch für den öffentlichen Schuldenstand tragen alle vier Teilsektoren zur gesamtstaatlichen Betrachtung bei.

Am 2. Dezember 2009 stellte der ECOFIN-Rat ein übermäßiges Defizit in Österreich fest und gab Empfehlungen gemäß Art. 126 (7) AEUV ab. Er empfahl insbesondere, ab dem Jahr 2011 mit der Budgetkonsolidierung zu beginnen, um das Defizit 2013 wieder unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu senken. Dazu muss der Saldo durchschnittlich um +0,75 Prozentpunkte pro Jahr im Zeitraum 2011 bis 2013 verändert werden.

Unter dieser Prämisse wurde das aktuelle Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013 erstellt und am 26. Jänner 2010 an die Europäische Kommission übermittelt.

Am 17. März 2010 wurde das österreichische Stabilitätsprogramm im Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN) behandelt. In seiner Stellungnahme schrieb der ECOFIN, dass die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung als Grundlage des Stabilitätsprogramms weitgehend realistisch eingeschätzt wurde. Die budgetpolitische Strategie im Jahr 2010 sei mit den

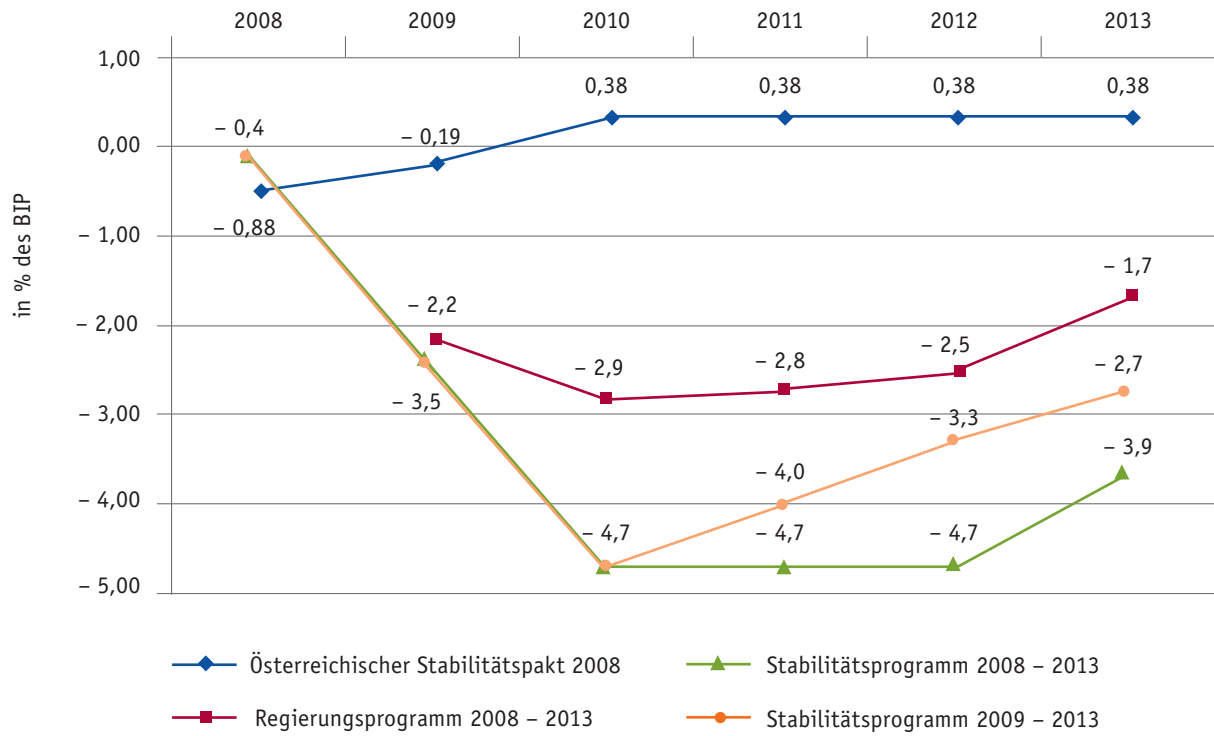
Ratsempfehlungen gemäß Art. 126 (7) AEUV konsistent, nicht jedoch die Konsolidierungsstrategie für die Jahre 2011 bis 2013. Es wurde eine ausgabenseitige Konsolidierung von jährlich 0,75 Prozentpunkten des BIP angenommen, allerdings wurden lediglich im Gesundheitsbereich konkrete Einsparungsmaßnahmen von 0,6 Prozentpunkten des BIP genannt. Der ECOFIN erwähnte insbesondere einen Reformbedarf im Gesundheits- und Bildungsbereich, wo Österreichs Performance unter Berücksichtigung der Kosten unterdurchschnittlich sei. Außerdem bemängelte der Rat, dass aus den Vorschlägen zur Verwaltungsreform noch keine konkreten Maßnahmen hervorgegangen seien.

Der ECOFIN forderte Österreich mit seiner Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm auf, die Konsolidierungsmaßnahmen für die Jahre 2011 bis 2013 zu konkretisieren. Die Konsolidierungsmaßnahmen sollten nicht nur dazu beitragen, das Defizit unter die 3 Prozentmarke zurückzuführen, sondern auch dafür sorgen, dass die Verschuldungsquote wieder auf 60 % zurückgeführt wird. Zusätzlich forderte der ECOFIN eine Verbesserung des Haushaltsrahmens, um die Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen des Staates durch mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken, namentlich durch eine Angleichung der legislativen, administrativen und finanzpolitischen Zuständigkeitsbereiche zwischen den verschiedenen Regierungsebenen.

Das aktuelle Stabilitätsprogramm 2009 bis 2013 weicht – aufgrund der Wirtschaftskrise und der darauffolgend geplanten Budgetkonsolidierung – von dem österreichischen Stabilitätspakt 2008, dem Regierungsprogramm 2008 bis 2013 sowie dem Stabilitätsprogramm 2008 bis 2013 deutlich ab. Strebte die Regierung im österreichischen Stabilitätspakt 2008 noch einen ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2010 an, geht das aktuelle Stabilitätsprogramm davon aus, dass im Jahr 2010 ein gesamtstaatliches Defizit von -4,7 % des BIP erreicht wird. Bis zum Jahr 2013 soll ein Defizit von -2,7 % des BIP erreicht werden.

Kurzfassung

Vergleich von Defizitzielen des Staates



Die Entwicklung der Maastricht-Kriterien

Im März 2010 wurde für das Haushaltsjahr 2009 ein Maastricht-Defizit (Finanzierungsdefizit des Staates nach ESVG) mit 9,496 Mrd. EUR notifiziert. Der Referenzwert von 3 % des BIP wurde in den Jahren 2005 bis 2008 unterschritten und im Jahr 2009 mit 3,46 % des BIP überschritten.

Entwicklung des Öffentlichen Defizits nach Teilsektoren des Staates

	2005	2006	2007	2008	2009
	in Mrd. EUR				
Sektor Staat, insgesamt	- 4,031	- 3,854	- 1,129	- 1,232	- 9,496
Bundessektor	- 4,544	- 3,769	- 1,397	- 1,871	- 7,555
Landesebene (ohne Wien)	0,239	- 0,415	0,215	0,337	- 1,342
Gemeindeebene (einschl. Wien)	0,331	0,332	0,308	0,185	- 0,741
Sozialversicherungsträger	- 0,057	- 0,003	- 0,254	0,118	0,144
BIP	243,585	256,951	272,010	283,085	274,320
	in % des BIP				
Sektor Staat, insgesamt	- 1,65	- 1,50	- 0,41	- 0,44	- 3,46
Bundessektor	- 1,87	- 1,47	- 0,51	- 0,66	- 2,75
Landesebene (ohne Wien)	0,10	- 0,16	0,08	0,12	- 0,49
Gemeindeebene (einschließlich Wien)	0,14	0,13	0,11	0,07	- 0,29
Sozialversicherungsträger	- 0,02	0,00	- 0,09	0,04	0,05

Quelle: Statistik Austria (Budget – Notifikation März 2010), BIP Juli 2010

Im Jahr 2009 wiesen alle Gebietskörperschaftsebenen ein Defizit auf. Das Defizit betrug im Bund -2,76 % (2008: -0,65 %) des BIP bzw. im Bundessektor -2,75 % (2008: -0,66 %) des BIP, auf Landesebene (ohne Wien) -0,49 % (2008: 0,12 %) des BIP und auf Gemeindeebene (mit Wien) -0,29 % (2008: 0,07 %) des BIP. Der Teilsektor Sozialversicherungsträger erzielte einen Überschuss von +0,05 % (2008: +0,04 %) des BIP.

Damit wurden die im Österreichischen Stabilitätspakt 2008 für das Jahr 2009 festgelegten Werte weder durch den Bund (-2,75 % statt -0,68 %), die Länder inkl. Wien (-0,66 % statt +0,49 %) noch die Gemeinden (-0,10 % statt 0,00 %) eingehalten.

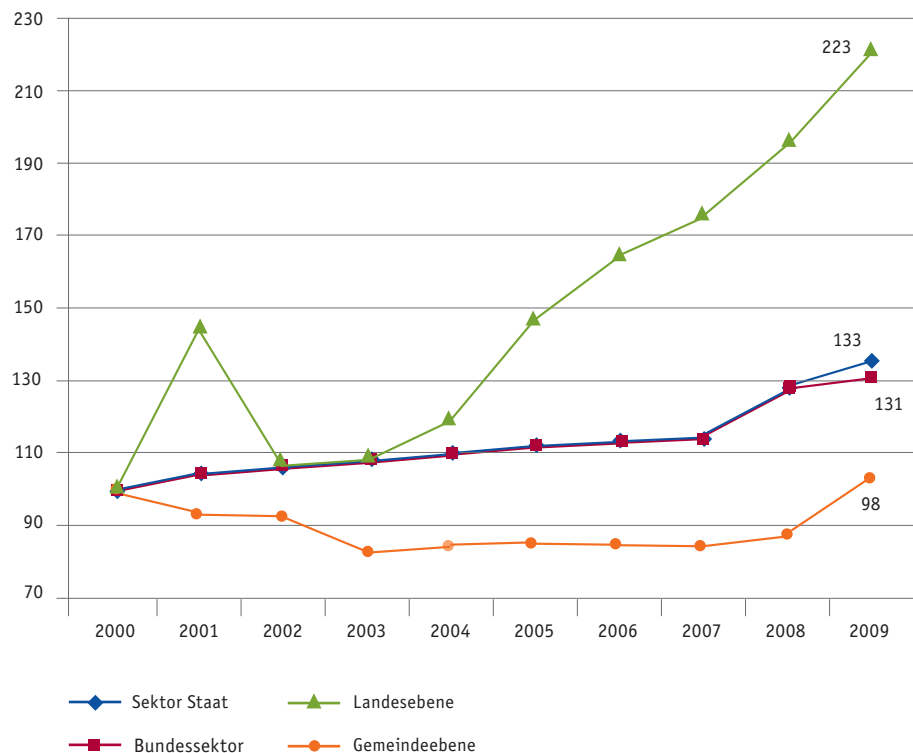
Der öffentliche Schuldenstand betrug 184,105 Mrd. EUR (2008: 176,544 Mrd. EUR) und lag mit 67,11 % (2008: 62,36 %) des BIP über der Referenzmarke (Maastricht-Kriterien) von 60 %.

Kurzfassung

Entwicklung des Öffentlichen Schuldenstands nach Teilsektoren des Staates

Der Schuldenstand betrug im Bundessektor 60,30 % (2008: 56,71 %) des BIP, auf Landesebene (ohne Wien) 3,83 % (2008: 3,27 %) des BIP, auf Gemeindeebene (mit Wien) 2,02 % (2008: 1,78 %) des BIP und im Teilsektor Sozialversicherungsträger 0,95 % (2008: 0,61 %) des BIP.

Entwicklung des öffentlichen Schuldenstandes nach Teilsektoren des Staates 2000 bis 2009 (Basisjahr 2000 = 100)



Der relativ größte Anstieg der öffentlichen Verschuldung im Zeitraum 2000 bis 2009 erfolgte auf Landesebene, wobei das Wachstum ab dem Jahr 2004 deutlich stärker als im Bundessektor und auf Gemeindeebene war. Die öffentliche Verschuldung der Gemeinden ging in den Jahren 2000 bis 2003 zurück und blieb bis 2007 in etwa auf dem gleichen Niveau. Ein bedeutender Anstieg wurde in den Jahren 2008 und 2009 verzeichnet. Die Verschuldung im Bundessektor erhöhte sich in den Jahren 2000 bis 2007 moderat, danach wuchs sie – wie auf Gemeindeebene – stärker als in den Jahren davor. Die Entwicklung der gesamtstaatlichen Verschuldung ist vom Bundessektor dominiert und entwickelt sich deshalb nahezu parallel dazu.

Mittelfristige Planung - Finanzrahmen des Bundes (TZ 2.6)

Das Bundesfinanzrahmengesetz legt für die vier folgenden Finanzjahre Obergrenzen für Ausgaben auf der Ebene von Rubriken und Untergliederungen sowie die Grundzüge des Personalplans fest (§ 12a Abs. 1 BHG).

Entwicklung der Ausgabenobergrenzen gemäß Finanzrahmen 2009 bis 2012, 2010 bis 2013 und 2011 bis 2014

Rubrik		BFRG 2009 – 2012*		BFRG 2011 – 2014			
		2009	2010	2011	2012	2013	2014
in Mill. EUR							
0,1	Recht und Sicherheit	7.973,78	8.007,02	7.920,20	7.831,00	7.899,70	7.881,30
	hievon fix	7.895,53	7.911,82	7.818,20	7.735,80	7.811,20	7.792,80
	hievon variabel	78,25	95,20	102,00	95,20	88,50	88,50
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	31.565,74	33.010,14	32.650,40	32.923,80	33.296,50	33.774,80
	hievon fix	18.218,40	18.807,43	18.329,50	18.333,70	18.542,00	18.790,60
	hievon variabel	13.347,34	14.202,71	14.320,90	14.590,10	14.754,50	14.984,20
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	11.462,53	11.869,61	11.765,50	11.753,90	11.802,70	11.823,00
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	18.363,10	9.120,09	7.744,20	8.014,00	7.861,60	8.165,20
	hievon fix	16.386,91	7.163,33	5.830,10	6.060,80	5.870,00	6.145,40
	hievon variabel	1.976,19	1.956,76	1.914,10	1.953,20	1.991,60	2.019,80
5	Kassa und Zinsen	8.154,72	8.810,55	9.019,00	9.621,60	10.070,10	10.608,80
	Gesamtsumme	77.519,87	70.817,41	69.099,30	70.144,30	70.930,60	72.253,10
	hievon fix	62.118,09	54.562,74	52.762,30	53.505,80	54.096,00	55.160,60
		80,1%	77,0%	76,4%	76,3%	76,3%	76,3%
	hievon variabel	15.401,78	16.254,67	16.337,00	16.638,50	16.834,60	17.092,50
		19,9%	23,0%	23,6%	23,7%	23,7%	23,7%
		Veränderung in %					
	Gesamtsumme		- 8,6	- 2,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,9
	Gesamtsumme ohne UG 46		+ 4,6	- 1,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,9
	Gesamtsumme ohne UG 46	67.216,87	70.314,40	69.096,40	70.141,50	70.927,80	72.250,30

* 2010: BFRG 2009–2012 deckungsgleich mit BFRG 2010–2013

Quelle: BFRG 2009–2012, 2010–2013, 2011–2014

Kurzfassung

Der Finanzrahmen 2009 bis 2012 sieht Ausgabenobergrenzen in fünf Rubriken mit einer Gesamtsumme von 77,520 Mrd. EUR im Jahr 2009 (80,1 % fixe Obergrenzen, 19,9 % variable Obergrenzen) vor. Die Gesamtsumme der Obergrenzen fällt im Jahr 2010 um 6,702 Mrd. EUR (-8,6 %) auf 70,817 Mrd. EUR und – gemäß Finanzrahmen 2011 bis 2014 – im Jahr 2011 um 1,718 Mrd. EUR (-2,4 %) auf 69.099,30 Mill. EUR. Danach steigt die Gesamtsumme der Ausgabenobergrenzen wieder kontinuierlich an.

Aufgrund der geplanten Budgetkonsolidierung liegen die Ausgabenobergrenzen gemäß Finanzrahmen 2011 bis 2014 in den Jahren 2011 bis 2013 zwischen 2.172,00 (-3,0 %) und 3.803,20 Mill. EUR (-5,1 %) unter den Grenzen des aktuell gültigen Finanzrahmens 2010 bis 2013. Es erfolgte somit keine „rollierende“ Anpassung³ des Finanzrahmens.

Im Vollzug wurden im Jahr 2009 mit 69,457 Mrd. EUR 88,9 % der Gesamtsumme der Ausgabenobergrenzen unter Berücksichtigung der Rücklagenentnahmen ausgeschöpft.

Der Anteil der Rubrik 5 „Kassa und Zinsen“ an der Ausgabenobergrenze wächst im Zeitraum 2009 bis 2014 von 12,1 % auf 14,7 % infolge steigender Zinsausgaben aufgrund der zunehmenden Finanzschulden. Dagegen nimmt der Anteil an der Ausgabenobergrenze in den Rubriken „Recht und Sicherheit“, „Bildung, Forschung, Kunst und Kultur“ sowie „Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt“ (ohne UG 46 „Finanzmarktstabilität“) jeweils um bis zu einen Prozentpunkt ab. In Zukunft müssen daher Einnahmensteigerungen zur Abdeckung der wachsenden Zinsenlasten („vergangenheitsbezogene Ausgaben“) verwendet werden, sodass der Spielraum für eine Ausweitung „zukunftsbezogener Ausgaben“ (z.B. für Bildung und Forschung) beschränkt ist.

PRÜFUNG DER JAHRESRECHNUNGEN 2009 (SIEHE TZ 1.2)

Der RH führte im Zeitraum November 2009 bis Juni 2010 (mit Unterbrechungen) gemäß § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) eine stichprobenweise Überprüfung der vorgelegten Jahresrechnungen durch. Die Prüfungshandlungen setzte der RH auf Basis einer statistisch-wertproportionalen Fallauswahl bei der Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) sowie bei den zuständigen haushaltsleitenden Organen.

³ Eine „rollierende“ Anpassung bedeutet, dass die Budgetziele des bisher gültigen Finanzrahmens bestehen bleiben und am Ende des Finanzrahmens ein Jahr angehängt wird.

Im Zuge der Prüfung stellte der RH insbesondere in den Bereichen der Personalverrechnung, der Beteiligungen, dem Forderungsmanagement bei Gebührenvorschreibungen sowie des Eilmachrichtenverfahrens Mängel fest.

VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG

Gesamtergebnis der voranschlagswirksamen Verrechnung (TZ 3.1)

Die Ausgaben im Allgemeinen Haushalt betragen 69,457 Mrd. EUR (2008: 74,477 Mrd. EUR) und sanken um 5,021 Mrd. EUR (-6,7 %). Die Einnahmen betragen 62,376 Mrd. EUR (2008: 64,913 Mrd. EUR) und sanken um 2,537 Mrd. EUR (-3,9 %). Die veranschlagten Ausgaben von 77,470 Mrd. EUR wurden um 8,013 Mrd. EUR (-10,3 %) unterschritten. Die veranschlagten Einnahmen von 63,884 Mrd. EUR wurden um 1,508 Mrd. EUR (-2,4 %) unterschritten. Der Abgang von 7,080 Mrd. EUR lag somit um 6,506 Mrd. EUR (-47,9 %) unter dem im BFG 2009 veranschlagten Betrag (13,586 Mrd. EUR).

Vorjahresvergleich der Einnahmen und Ausgaben (TZ 3.2)

Die Personalausgaben betragen 10,497 Mrd. EUR (2008: 10,026 Mrd. EUR) und stiegen um 0,471 Mrd. EUR (+4,7 %).

Die Sachausgaben im Allgemeinen Haushalt betragen 58,960 Mrd. EUR (2008: 64,452 Mrd. EUR) und gingen um 5,492 Mrd. EUR (-8,5 %) zurück.

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt 2008 und 2009

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2008		2009		Veränderung 2008/2009	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	in %
Allgemeiner Haushalt							
0,1	Recht und Sicherheit:						
01	Präsidentenkanzlei	7,18	0,01	7,20	0,01	+ 0,02	+ 0,2
02	Bundesgesetzgebung	130,12	0,17	143,56	0,21	+ 13,44	+ 10,3
03	Verfassungsgerichtshof	8,75	0,01	9,90	0,01	+ 1,15	+ 13,2
04	Verwaltungsgerichtshof	14,30	0,02	15,49	0,02	+ 1,19	+ 8,3
05	Volksanwaltschaft	6,11	0,01	6,36	0,01	+ 0,25	+ 4,1
06	Rechnungshof	27,30	0,04	28,47	0,04	+ 1,17	+ 4,3
10	Bundeskanzleramt	471,85	0,63	308,45	0,44	- 163,40	- 34,6

Kurzfassung

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2008		2009		Veränderung 2008/2009	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	in %
Allgemeiner Haushalt							
11	Inneres	2.235,16	3,00	2.305,72	3,32	+ 70,56	+ 3,2
12	Äußeres	415,47	0,56	408,60	0,59	- 6,87	- 1,7
13	Justiz	1.116,55	1,50	1.162,54	1,67	+ 45,99	+ 4,1
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	2.171,29	2,92	2.100,80	3,02	- 70,50	- 3,2
15	Finanzverwaltung	963,26	1,29	964,21	1,39	+ 0,95	+ 0,1
16	Öffentliche Abgaben	3,03	0,00	48,39	0,07	+ 45,36	+ 1494,9
	Summe Rubrik 0,1	7.570,38	10,16	7.509,68	10,81	- 60,69	- 0,8
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:						
20	Arbeit	4.859,48	6,52	5.873,73	8,46	+ 1.014,25	+ 20,9
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.112,55	2,84	2.220,86	3,20	+ 108,31	+ 5,1
22	Sozialversicherung	7.669,62	10,30	8.693,24	12,52	+ 1.023,61	+ 13,3
23	Pensionen	7.368,99	9,89	7.634,28	10,99	+ 265,29	+ 3,6
24	Gesundheit	790,27	1,06	851,98	1,23	+ 61,71	+ 7,8
25	Familie und Jugend	6.512,74	8,74	6.187,99	8,91	- 324,75	- 5,0
	Summe Rubrik 2	29.313,66	39,36	31.462,08	45,30	+ 2.148,42	+ 7,3
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:						
30	Unterricht	6.791,78	9,12	7.125,37	10,26	+ 333,59	+ 4,9
31	Wissenschaft und Forschung	3.064,16	4,11	3.395,28	4,89	+ 331,12	+ 10,8
32	Kunst und Kultur	413,62	0,56	436,35	0,63	+ 22,73	+ 5,5
33	Wirtschaft (Forschung)	75,14	0,10	76,42	0,11	+ 1,28	+ 1,7
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	408,89	0,55	329,62	0,47	- 79,27	- 19,4
	Summe Rubrik 3	10.753,59	14,44	11.363,04	16,36	+ 609,46	+ 5,7
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:						
40	Wirtschaft	387,42	0,52	465,17	0,67	+ 77,74	+ 20,1
41	Verkehr, Innovation und Technologie	2.470,80	3,32	2.127,44	3,06	- 343,37	- 13,9
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.180,49	2,93	2.252,38	3,24	+ 71,89	+ 3,3
43	Umwelt	533,53	0,72	697,92	1,00	+ 164,38	+ 30,8
44	Finanzausgleich	3.990,95	5,36	684,01	0,98	- 3.306,95	- 82,9
45	Bundesvermögen	2.280,58	3,06	973,21	1,40	- 1.307,37	- 57,3
46	Finanzmarktstabilität			4.895,56	7,05	+ 4.895,56	k.A.
	Summe Rubrik 4	11.843,78	15,90	12.095,69	17,41	+ 251,90	+ 2,1
5	Kassa und Zinsen:						
51	Kassenverwaltung	8.191,84	11,00	298,42	0,43	- 7.893,42	- 96,4
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.804,15	9,14	6.727,67	9,69	- 76,49	- 1,1

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2008		2009		Veränderung 2008/2009	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	in %
	Summe Rubrik 5	14.996,00	20,13	7.026,09	10,12	- 7.969,91	- 53,1
	Summe Allgemeiner Haushalt	74.477,40	100,00	69.456,58	100,00	- 5.020,82	- 6,7
	Ausgleichshaushalt						
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	42.190,44	100,00	45.265,75	100,00	+ 3.075,32	+ 7,3
	Summe Ausgleichshaushalt	42.190,44	100,00	45.265,75	100,00	+ 3.075,32	+ 7,3
	Gesamtausgaben	116.667,84		114.722,33		- 1.945,51	- 1,7

Haushaltsrücklagen (TZ 3.5)

Das neue Rücklagensystem durchbricht zu Gunsten einer flexibleren Budgetgebarung den Budgetgrundsatz der Einjährigkeit (Art. 51 Abs. 2 B-VG). Es ermöglicht, dass nicht verbrauchte Voranschlagsreste zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch genommen werden können, falls sie benötigt werden.

Im Jahr 2009 wurden Rücklagen in Höhe von 8,984 Mrd. EUR gemäß § 53 Abs. 1 BHG ermittelt. Davon konnten aufgrund von Minderausgaben und Mehreinnahmen 8,758 Mrd. EUR den Untergliederungs-Rücklagen und 0,037 Mrd. EUR den Rücklagen für variable Ausgaben zugeführt werden. Weiters wurden Mittel den zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen (0,182 Mrd. EUR) und den Flexibilisierungsrücklagen (0,007 Mrd. EUR) zugeführt. In Summe entsprach der ermittelte Betrag der „neuen“ Rücklagen 8,984 Mrd. EUR. Das waren 11,6 % der veranschlagten Ausgaben des Allgemeinen Haushalts.

Im Jahr 2009 wurden voranschlagswirksam gebildete Rücklagen in Höhe von 5,536 Mrd. EUR entnommen, davon allein 4,836 Mrd. EUR aus der Ausgleichsrücklage. Diese Entnahme diente vor allem zur Finanzierung der Bankenhilfe (Vergabe von Partizipationskapital). Weiters wurden Rücklagen in Höhe von 0,109 Mrd. EUR aufgelöst und 0,016 Mrd. EUR der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage zugeführt, sodass sich der Stand der voranschlagswirksam gebildeten Rücklagen 2009 in Summe um 5,629 Mrd. EUR (-49,0 %) auf 5,854 Mrd. EUR (2008: 11,483 Mrd. EUR) verringerte.

Kurzfassung

Veränderung der Rücklagen 2009 gegliedert nach Untergliederungen

Rubrik/Bezeichnung	Altes Rücklagensystem				Neues Rücklagensystem	
	Zuführung	Entnahme	Auflösung	Veränderung 2008/2009	Bildung	Anteil an Ausg. (VA)
in Mill. EUR						in %
0,1 Recht und Sicherheit:						
01 Präsidentschaftskanzlei		- 0,03		- 0,03	+ 0,64	8,3
02 Bundesgesetzgebung		- 4,20		- 4,20	+ 3,83	2,6
03 Verfassungsgerichtshof					+ 0,93	8,6
04 Verwaltungsgerichtshof		- 0,02		- 0,02	+ 0,33	2,1
05 Volksanwaltschaft					+ 0,16	2,4
06 Rechnungshof		- 2,00		- 2,00	+ 3,07	9,7
10 Bundeskanzleramt		- 2,58		- 2,58	+ 29,53	8,4
11 Inneres		- 22,10		- 22,10	+ 57,05	2,4
12 Äußeres		- 3,61		- 3,61	+ 28,24	6,5
13 Justiz		- 1,33		- 1,33	+ 21,61	1,8
14 Militärische Angelegenheiten u. Sport		- 1,71		- 1,71	+ 105,86	4,8
15 Finanzverwaltung		- 1,48		- 1,48	+ 216,04	18,3
16 Öffentliche Abgaben		- 0,60		- 0,60	+ 21,73	45,4
Summe Rubrik 0,1		- 39,66		- 39,66	+ 489,02	6,1
2 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:						
20 Arbeit					+ 19,86	0,3
21 Soziales und Konsumentenschutz		- 3,33		- 3,33	+ 37,59	1,7
22 Sozialversicherung					+ 0,04	0,0
23 Pensionen					+ 274,45	3,5
24 Gesundheit		- 10,20		- 10,20	+ 19,20	2,2
25 Familie und Jugend		- 0,16		- 0,16	+ 2,15	0,0
Summe Rubrik 2		- 13,69		- 13,69	+ 353,30	1,1
3 Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:						
30 Unterricht		- 34,90		- 34,90	+ 96,77	1,3
31 Wissenschaft und Forschung		- 61,62		- 61,62	+ 75,03	2,2
32 Kunst und Kultur		- 1,08		- 1,08	+ 9,44	2,1
33 Wirtschaft (Forschung)		- 32,11		- 32,11	+ 35,48	44,5
34 Verkehr, Innov. u. Techno. (Forsch.)		- 102,09	- 0,29	- 102,38	+ 164,24	47,0
Summe Rubrik 3		- 231,79	- 0,29	- 232,09	+ 380,96	3,3
4 Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:						
40 Wirtschaft		- 99,38		- 99,38	+ 103,98	21,0
41 Verkehr, Innovation und Technologie		- 62,07	- 2,03	- 64,11	+ 176,96	7,8
42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft		- 84,22	- 106,66	- 190,88	+ 73,26	3,3
43 Umwelt		- 90,10	- 0,05	- 90,15	+ 155,22	18,8
44 Finanzausgleich	+ 0,00	- 9,20		- 9,20	+ 12,49	1,8
45 Bundesvermögen		- 18,02		- 18,02	+ 608,27	39,3
46 Finanzmarktstabilität					+ 5.514,57	53,5
Summe Rubrik 4	+ 0,00	- 363,00	- 108,74	- 471,75	+ 6.644,73	36,2
5 Kassa und Zinsen:						
51 Kassenverwaltung	+ 16,15	- 4.887,83		- 4.871,68	+ 404,92	57,4
58 Finanzierungen, Währungstauschvertr.					+ 711,21	9,6
Summe Rubrik 5	+ 16,15	- 4.887,83		- 4.871,68	+ 1.116,14	13,7
Summe Rücklagen	+ 16,16	- 5.535,98	- 109,04	- 5.628,86	+ 8.984,15	11,6

Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre (TZ 3.6)

Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre betragen im Jahr 2009 brutto 107,973 Mrd. EUR (2008: 102,793 Mrd. EUR) bzw. netto 89,347 Mrd. EUR. Der größte Teilbetrag von brutto 83,538 Mrd. EUR bzw. netto 64,912 Mrd. EUR entfiel auf die Verzinsung der Finanzschulden, von Währungstauschverträgen und auf sonstige Aufwendungen der Untergliederung 58 („Finanzierungen, Währungstauschverträge“).

Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 2009 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 503,34 Mill. EUR hinzuzuzählen. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 2009 betrug somit brutto 108.475,87 Mill. EUR (2008: 103.043,80 Mill. EUR) bzw. netto 89.850,05 Mill. EUR.

Schulden

Die Gesamtsumme der voranschlagswirksamen Schulden (Tabelle A.3.4.2.1) belief sich zum Jahresende 2009 auf 198,382 Mrd. EUR (2008: 192,307 Mrd. EUR). Sie lag damit um 6,074 Mrd. EUR oder 3,2 % über dem Vergleichswert des Vorjahres.

Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre weist eine Gesamtsumme von brutto 20,475 Mrd. EUR (2008: 23,308 Mrd. EUR) bzw. netto 1,849 Mrd. EUR aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2009 offen gebliebenen Berechtigungen folgt daraus ein Gesamtstand von brutto 20,494 Mrd. EUR (2008: 23,330 Mrd. EUR) bzw. netto 1,868 Mrd. EUR.

Forderungen

Die Gesamtsumme der Forderungen belief sich zum Jahresende 2009 auf 39,163 Mrd. EUR (2008: 39,190 Mrd. EUR). Sie lag damit um 0,026 Mrd. EUR oder 0,1 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

Kurzfassung

Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 3.7)

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben wichen in den einzelnen Rubriken und Untergliederungen in unterschiedlichem Ausmaß vom tatsächlichen Budgetvollzug ab. Gegliedert nach Rubriken werden die Unterschiede zwischen Voranschlag und tatsächlich geleisteten Zahlungen der einzelnen Untergliederungen (Voranschlagsansatz-Abweichungen) von mehr als 5 Mill. EUR ansatzweise erläutert.

Abweichungen vom BVA 2009 von Personal- und Sachausgaben gegliedert nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Allgemeiner Haushalt	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR			in %
Personalausgaben	10.675,77	10.496,77	- 179,00	- 1,7
Sachausgaben ohne UG 46	56.491,10	54.064,24	- 2.426,86	- 4,3
Gesetzliche Verpflichtungen	32.780,30	32.593,26	- 187,04	- 0,6
Ermessensausgaben	23.710,80	21.470,98	- 2.239,82	- 9,4
Summe ohne UG 46	67.166,87	64.561,01	- 2.605,85	- 3,9
Sachausgaben UG 46 (Ermessensausgaben)	10.303,01	4.895,56	- 5.407,44	- 52,5
Personalausgaben	10.675,77	10.496,77	- 179,00	- 1,7
Sachausgaben	66.794,10	58.959,81	- 7.834,30	- 11,7
Gesetzliche Verpflichtungen	32.780,30	32.593,26	- 187,04	- 0,6
Ermessensausgaben	34.013,81	26.366,55	- 7.647,26	- 22,5
Summe	77.469,87	69.456,58	- 8.013,29	- 10,3

Abweichungen von BVA 2009 der Ausgaben und Einnahmen

Rubrik	Bezeichnung	Voranschlag 2009	Erfolg 2009	Abweichung		erläut. Ansätze
	Ausgaben Allgemeiner Haushalt	in Mill. EUR		in %		
0,1	Recht und Sicherheit:					
01- 06	Oberste Organe	219,46	210,98	- 8,48	- 3,9	
10	Bundeskanzleramt	350,32	308,45	- 41,87	- 12,0	2
11	Inneres	2.343,46	2.305,72	- 37,74	- 1,6	5
12	Äußeres	435,68	408,60	- 27,07	- 6,2	2
13	Justiz	1.172,51	1.162,54	- 9,98	- 0,9	
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	2.216,57	2.100,80	- 115,77	- 5,2	5
15	Finanzverwaltung	1.177,90	964,21	- 213,69	- 18,1	7
16	Öffentliche Abgaben	47,88	48,39	+ 0,51	+ 1,1	
	Summe Rubrik 0,1	7.963,78	7.509,68	- 454,10	- 5,7	21
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:					
20	Arbeit	5.980,23	5.873,73	- 106,50	- 1,8	7
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.255,38	2.220,86	- 34,52	- 1,5	2
22	Sozialversicherung	8.401,20	8.693,24	+ 292,04	+ 3,5	3
23	Pensionen	7.793,87	7.634,28	- 159,58	- 2,0	8
24	Gesundheit	867,24	851,98	- 15,26	- 1,8	2
25	Familie und Jugend	6.257,83	6.187,99	- 69,84	- 1,1	5
	Summe Rubrik 2	31.555,74	31.462,08	- 93,66	- 0,3	27
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:					
30	Unterricht	7.173,06	7.125,37	- 47,69	- 0,7	7
31	Wissenschaft und Forschung	3.402,93	3.395,28	- 7,65	- 0,2	5
32	Kunst und Kultur	447,26	436,35	- 10,91	- 2,4	
33	Wirtschaft (Forschung)	79,80	76,42	- 3,38	- 4,2	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	349,48	329,62	- 19,86	- 5,7	4
	Summe Rubrik 3	11.452,53	11.363,04	- 89,48	- 0,8	16
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:					
40	Wirtschaft	494,28	465,17	- 29,12	- 5,9	4
41	Verkehr, Innovation und Technologie	2.263,03	2.127,44	- 135,59	- 6,0	6
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.219,06	2.252,38	+ 33,33	+ 1,5	5
43	Umwelt	825,59	697,92	- 127,67	- 15,5	8
44	Finanzausgleich	698,86	684,01	- 14,85	- 2,1	1
45	Bundesvermögen	1.549,27	973,21	- 576,06	- 37,2	11
46	Finanzmarktstabilität	10.303,01	4.895,56	- 5.407,44	- 52,5	3
	Summe Rubrik 4	18.353,10	12.095,69	- 6.257,41	- 34,1	38
5	Kassa und Zinsen:					
51	Kassenverwaltung	705,84	298,42	- 407,42	- 57,7	4
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.438,88	6.727,67	- 711,21	- 9,6	4
	Summe Rubrik 5	8.144,72	7.026,09	- 1.118,64	- 13,7	8
	Summe Ausgaben	77.469,87	69.456,58	- 8.013,29	- 10,3	110

Kurzfassung

Rubrik	Bezeichnung	Voranschlag 2009	Erfolg 2009	Abweichung		erläut. Ansätze
	Einnahmen Allgemeiner Haushalt	in Mill. EUR		in %		
0,1	Recht und Sicherheit:					
01- 06	Oberste Organe	4,45	4,25	- 0,19	- 4,3	
10	Bundeskanzleramt	4,93	3,40	- 1,53	- 31,1	
11	Inneres	113,58	110,32	- 3,26	- 2,9	
12	Äußeres	3,66	4,25	+ 0,59	+ 16,0	
13	Justiz	792,62	802,64	+ 10,02	+ 1,3	1
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	298,54	291,56	- 6,98	- 2,3	1
15	Finanzverwaltung	293,93	222,77	- 71,17	- 24,2	2
16	Öffentliche Abgaben	38.761,57	37.637,92	- 1.123,66	- 2,9	26
	Summe Rubrik 0,1	40.273,29	39.077,10	- 1.196,18	- 3,0	30
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:					
20	Arbeit	4.641,16	4.748,22	+ 107,06	+ 2,3	2
21	Soziales und Konsumentenschutz	10,64	8,65	- 1,99	- 18,7	
22	Sozialversicherung	405,40	581,77	+ 176,37	+ 43,5	1
23	Pensionen	1.475,94	1.590,81	+ 114,87	+ 7,8	4
24	Gesundheit	56,96	55,71	- 1,25	- 2,2	
25	Familie und Jugend	5.672,95	5.585,20	- 87,75	- 1,5	2
	Summe Rubrik 2	12.263,05	12.570,36	+ 307,31	+ 2,5	9
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:					
30	Unterricht	66,36	80,52	+ 14,16	+ 21,3	1
31	Wissenschaft und Forschung	10,05	4,21	- 5,84	- 58,1	
32	Kunst und Kultur	23,79	19,05	- 4,73	- 19,9	
33	Wirtschaft (Forschung)	0,00		0,00	k.A.	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	0,01	1,26	+ 1,25	k.A.	
	Summe Rubrik 3	100,21	105,05	+ 4,83	+ 4,8	1
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:					
40	Wirtschaft	160,46	157,10	- 3,37	- 2,1	
41	Verkehr, Innovation und Technologie	194,13	211,99	+ 17,86	+ 9,2	1
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	198,59	221,68	+ 23,09	+ 11,6	1
43	Umwelt	350,42	325,13	- 25,30	- 7,2	2
44	Finanzausgleich	451,08	435,98	- 15,10	- 3,3	1
45	Bundesvermögen	1.505,16	1.467,90	- 37,25	- 2,5	14
46	Finanzmarktstabilität	170,01	277,13	+ 107,12	+ 63,0	3
	Summe Rubrik 4	3.029,86	3.096,91	+ 67,06	+ 2,2	22
5	Kassa und Zinsen:					
51	Kassenverwaltung	8.217,75	7.527,06	- 690,69	- 8,4	15
	Summe Rubrik 5	8.217,75	7.527,06	- 690,69	- 8,4	15
	Summe Einnahmen	63.884,16	62.376,49	- 1.507,67	- 2,4	77

JAHRESBESTANDSRECHNUNG

AKTIVA DES BUNDES (TZ 4.)

Die Entwicklung der Aktiva während der letzten fünf Jahre ist in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

Bezeichnung		2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2008/2009
		in Mill. EUR					in %
I.	Anlagevermögen	15.272,33	19.309,46	19.812,92	20.595,12	26.497,44	+ 28,7
II.	Umlaufvermögen	51.669,54	53.477,69	52.336,50	64.254,19	53.864,62	- 16,2
II.	Aktive Rechnungsabgrenzung	1.544,81	1.316,69	1.184,51	2.732,01	2.097,87	- 23,2
IV.	Kapitalausgleich	119.446,01	116.893,42	117.998,57	121.234,64	125.988,49	+ 3,9
	Summe Aktiva	187.932,69	190.997,26	191.332,51	208.815,96	208.448,42	- 0,2

Im Jahr 2009 hat sich die Summe der Aktiva erstmals verringert. Sie nahm im Vergleich zu 2008 um 0,368 Mrd. EUR (-0,2 %) ab.

Das Anlagevermögen beträgt 26,497 Mrd. EUR (Stand 2008: 20,595 Mrd. EUR) und stieg gegenüber dem Vorjahr um 5,902 Mrd. EUR (+28,7 %). Der Anstieg beruhte insbesondere auf dem Zugang an Kapitalanteilen an inländischen Kreditinstituten ohne Einflussnahme auf die Geschäftsführung (Partizipationskapital).

Das Umlaufvermögen beträgt 53,865 Mrd. EUR (Stand 2008: 64,254 Mrd. EUR) und verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 10,390 Mrd. EUR (-16,2 %). Die Verminderung war zum Großteil auf den Rückgang an Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen und der Kassenverwaltung des Bundes aufgrund einer geänderten Veranlagungsstrategie der ÖBFA hinsichtlich der Kassenstärker, auf das neue Rücklagenregime⁴ und auf den Rückgang des Rücklagenbestands um 5,629 Mrd. EUR⁵ zurückzuführen.

⁴ Nach dem neuen Rücklagenregime werden Rücklagen nicht voranschlagswirksam gebildet und werden auch nicht in der Jahresbestandsrechnung erfasst.

⁵ Insbesondere aufgrund der Finanzierung des Partizipationskapitals aus der Ausgleichsrücklage.

Kurzfassung

Die aktive Rechnungsabgrenzung beträgt 2,098 Mrd. EUR (Stand 2008: 2,732 Mrd. EUR) und ging damit gegenüber dem Vorjahr um 0,634 Mrd. EUR zurück (-23,2 %).

PASSIVA DES BUNDES (TZ 4.)

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Passiva von 2005 bis 2009:

Bezeichnung		2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2008/2009
		in Mill. EUR					in %
I.	Rücklagen	3.443,19	3.710,09	4.704,76	11.483,04	5.854,18	- 49,0
II.	Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-
III.	Schulden	182.151,42	185.165,49	184.898,92	194.101,92	200.362,88	+ 3,2
IV.	Rückstellungen	-	-	-	-	-	-
V.	Passive Rechnungs- abgrenzung	2.338,08	2.121,68	1.728,82	3.231,00	2.231,36	- 30,9
Summe Passiva		187.932,69	190.997,26	191.332,51	208.815,96	208.448,42	- 0,2

Der Stand der Rücklagen beträgt 5,854 Mrd. EUR (Stand 2008: 11,483 Mrd. EUR). Die Rücklagen gingen gegenüber dem Vorjahr somit um 5,629 Mrd. EUR (-49,0 %) zurück (siehe auch Aktiva).

Der Gesamtschuldenstand des Bundes beträgt 200,363 Mrd. EUR (Stand 2008: 194,102 Mrd. EUR). Die Schulden stiegen gegenüber dem Vorjahr somit um 6,261 Mrd. EUR (+3,2 %). Der Anstieg betraf insbesondere Finanzschulden, die zur Finanzierung des administrativen Abgangs aufgenommen werden mussten.

JAHRESERFOLGSRECHNUNG

Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung (TZ 5.)

Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Anlage 2 zu § 22 RLV) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung.

Das Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung errechnet sich aus einer Gegenüberstellung der Aufwendungen und der Erträge des Bundes. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag wird entweder als ein Vermö-

genseitig bei den Aufwendungen oder als Vermögensabgang bei den Erträgen ausgewiesen.

			2008	2009
			in Mill. EUR	
Erträge			68.144,21	62.094,83
	I.	Haupterträge	60.738,35	54.406,78
	II.	Nebenerträge	5,79	7,30
	III.	Wertberichtigungen	–	–
	IV.	Übrige Erträge	4.283,21	4.278,50
	V.	Aktivierete Eigenleistungen	0,12	0,67
	VI.	Bestandsmehrungen	6,86	12,96
	VII.	Transfers	3.109,88	3.388,63
	VIII.	Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	–	–
Aufwendungen			70.345,29	67.103,39
	I.	Aufwand für Bedienstete	11.819,31	12.291,40
	II.	Öffentliche Abgaben	21,33	19,57
	III.	Abschreibungen u. Wertbericht.	868,97	1.311,94
	IV.	Übrige Aufwendungen	16.449,97	13.486,01
	V.	Bestandsminderungen	15,57	29,89
	VI.	Transfers	41.170,14	39.964,58
	VII.	Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	–	–
Vermögensabgang			– 2.201,09	– 5.008,56

Der Vermögensabgang stieg von 2,201 Mrd. EUR im Jahr 2008 um 2,807 Mrd. EUR auf 5,009 Mrd. EUR im Jahr 2009.

Kurzfassung

Folgende Tabelle zeigt die Aufwendungen des Bundes für den Zeitraum 2005 bis 2009:

Bezeichnung		2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2008/2009	
		in Mill. EUR						in %
I.	Aufwand für Bedienstete	10.537,17	11.072,23	11.327,14	11.819,31	12.291,40	472,09	4,0
II.	Öffentliche Abgaben	17,31	20,11	22,29	21,33	19,57	- 1,77	- 8,3
III.	Abschreibungen u. Wertbericht.	1.122,01	1.770,49	1.541,74	868,97	1.311,94	442,97	51,0
IV.	Übrige Aufwendungen	12.067,24	13.408,13	13.646,91	16.449,97	13.486,01	- 2.963,96	- 18,0
V.	Bestandsminderungen	1.900,04	10,97	28,55	15,57	29,89	14,32	92,0
VI.	Transfers	38.660,72	38.805,01	39.621,59	41.170,14	39.964,58	- 1.205,56	- 2,9
VII.	Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-
	Aufwendungen	64.304,48	65.086,94	66.188,22	70.345,30	67.103,39	- 3.241,91	- 4,6
VIII.	Vermögenszugang	2.862,99	520,50	0,00	0,00	0,00	k.A.	k.A.
	Summe Aufwendungen	67.167,47	65.607,44	66.188,22	70.345,30	67.103,39	k.A.	k.A.

Die Aufwendungen betragen in Summe 67,103 Mrd. EUR (2008: 70,345 Mrd. EUR). Sie sanken somit gegenüber dem Vorjahr um 3,242 Mrd. EUR (-4,6%).

Folgende Tabelle zeigt die Erträge des Bundes für den Zeitraum 2005 bis 2009:

Bezeichnung		2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2008/2009	
		in Mill. EUR						in %
I.	Haupterträge	53.127,00	55.377,65	58.838,42	60.738,35	54.406,78	- 6.331,57	- 10,4
II.	Nebenerträge	5,95	5,44	5,67	5,79	7,30	1,51	26,1
III.	Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-
IV.	Übrige Erträge	10.015,45	3.512,57	2.691,13	4.283,21	4.278,50	- 4,71	- 0,1
V.	Aktivierte Eigenleistungen	0,42	0,14	0,17	0,12	0,67	0,55	454,2
VI.	Bestandsmehrungen	7,01	3.467,10	10,54	6,86	12,96	6,10	89,0
VII.	Transfers	4.011,63	3.244,53	2.951,75	3.109,88	3.388,63	278,75	9,0
VIII.	Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-
	Erträge	67.167,47	65.607,44	64.497,68	68.144,21	62.094,83	- 6.049,37	- 8,9
IX.	Vermögensabgang	0,00	0,00	1.690,54	2.201,09	5.008,56	k.A.	k.A.
	Summe Erträge	67.167,47	65.607,44	66.188,22	70.345,30	67.103,39	k.A.	k.A.

Die Erträge betragen in Summe 62,095 Mrd. EUR (2008: 68,144 Mrd. EUR). Sie sanken somit gegenüber dem Vorjahr um 6,049 Mrd. EUR (-8,9%). Die bedeutende Verminderung der Haupterträge beruht insbesondere auf dem Rückgang der Abgabeneinnahmen (direkte Abgaben: -4,893 Mrd. EUR, indirekte Abgaben: -1,899 Mrd. EUR) als Folge der Wirtschaftskrise.

Kurzfassung

Abgabenrückstände (TZ 5.3)

Die folgende Tabelle zeigt die fälligen Abgabenrückstände nach Abgabenarten für den Zeitraum 2005 bis 2009 gegliedert:

Jahr	Ein- kommen- und Vermögen- steuern	Um- satz- steuer	Ein- und Ausfuhr- abgaben	Ver- brauch- steuern	Stempel-, Rechtsge- bühren und Bundesver- waltungs- abgaben	Ver- kehr- steuern	Nebenan- sprüche und Rest- eingänge weg- gefallener Abgaben	Summe UG 16 Brutto	Gut- haben	Summe UG 16 Netto
in Mill. EUR										
2005	2.528,66	2.769,27	118,18	217,53	113,49	92,29	426,98	6.266,40	1.058,49	5.207,91
2006	2.700,29	2.895,60	124,05	229,93	111,55	93,97	466,22	6.621,61	1.331,79	5.289,82
2007	2.664,95	2.948,30	122,77	376,10	59,11	104,22	497,89	6.773,33	1.292,74	5.480,59
2008	2.713,72	3.103,82	152,03	387,35	20,59	115,75	548,64	7.041,89	1.368,87	5.673,02
2009	2.540,31	3.176,26	0,00	390,23	15,33	128,24	592,88	6.843,25	1.172,55	5.670,70

Die in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ (VA-Titel 160 bis 167) zum 31. Dezember 2009 ausgewiesenen Rückstände betragen 6,165 Mrd. EUR (2008: 6,113 Mrd. EUR). Die Abgabenrückstände stiegen gegenüber dem Vorjahr somit um 0,052 Mrd. EUR (+0,9 %).

Von den Abgabenrückständen werden 5,670 Mrd. EUR als fällige (2008: 5,773 Mrd. EUR) und 0,495 Mrd. EUR als nicht fällige Forderungen (2008: 0,440 Mrd. EUR) ausgewiesen.

Von den bei den Zoll- und Finanzämtern zum 31. Dezember 2009 bestehenden fälligen Abgabenrückständen waren zu diesem Stichtag 2,851 Mrd. EUR in Vollstreckung. Bei Abgabenrückständen in Höhe von 3,230 Mrd. EUR war die Einhebung bzw. Einbringung gemäß §§ 212a und 231 der Bundesabgabenordnung (BAO) ausgesetzt. Für 0,321 Mrd. EUR waren zu diesem Stichtag Zahlungserleichterungen angemerkelt bzw. bewilligt. Vom Gesamtrückstand entfielen 0,876 Mrd. EUR auf Insolvenzverfahren.

BERICHT ZUR FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTES UND ZUM STAND DER BUNDESSCHULDEN

Entwicklung und Stand der gesamten Bundesschulden (TZ 6.2)

Folgende Tabelle zeigt den Stand der Bundesschulden jeweils zum Jahresende 2005 bis 2009:

Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2008/2009	Netto- neuer- schuldung
	in Mrd. EUR						
1. Nichtfällige und fällige Finanzschulden	151,075	154,593	157,508	165,621	176,464	+ 10,844	4,0
2. Schulden aus Währungs- tauschverträgen	22,279	23,721	19,270	23,428	18,846	- 4,582	- 1,7
3. Sonstige nichtfällige Schulden (Verwaltungsschulden)	4,048	3,073	3,125	2,865	3,045	+ 0,180	0,1
4. Sonstige voranschlagswirksame fällige Schulden	0,239	0,114	0,169	0,394	0,027	- 0,367	- 0,1
Summe voranschlagswirksame Schulden	177,640	181,501	180,072	192,382	198,382	+ 6,074	2,2
5. Voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden	4,511	3,664	4,827	1,795	1,981	+ 0,186	0,1
Bundesschulden	182,151	185,165	184,899	194,102	200,363	+ 6,261	2,3

Der Gesamtstand der Bundesschulden (Summe aus Finanzschulden und den sonstigen voranschlagswirksam und voranschlagsunwirksam verrechneten Schulden) betrug 200,363 Mrd. EUR (2008: 194,102 Mrd. EUR) und überschritt somit erstmals die 200-Milliarden-Marke.

Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug 6,261 Mrd. EUR (+3,2 %). Die gesamten Bundesschulden stiegen insbesondere durch die Erhöhung der Finanzschulden (+10,844 Mrd. EUR bzw. +6,5 %). Demgegenüber verminderten sich insbesondere die Schulden aus Währungstauschverträgen (-4,582 Mrd. EUR bzw. -19,6 %).

Kurzfassung

Gemessen an der für 2009 vorläufigen Höhe des BIP (274,230 Mrd. EUR) erreichten die Finanzschulden (176,464 Mrd. EUR) einen Anteil von 64,3 % (2008: 58,5 %). Setzt man die Nettoveränderung der Finanzschulden des Jahres 2009 (10,844 Mrd. EUR) mit dem BIP in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 4,0 % (2008: 2,9 %).

Außerhalb des Bundeshaushalts ist auf die Schuldenstände des ÖBB-Konzerns und des ASFINAG-Konzerns hinzuweisen. Demnach weist der ÖBB-Konzern zum 31. Dezember 2009 lang- und kurzfristiges Fremdkapital in Summe von 17,870 Mrd. EUR (2008: 16,503 Mrd. EUR) aus, wobei gegenüber 2008 eine Steigerung von 8,3 % zu verzeichnen ist. In der Konzernbilanz der ASFINAG ergeben lang- und kurzfristige Schulden zusammen 11,288 Mrd. EUR (2008: 10,889 Mrd. EUR), wobei die Differenz gegenüber 2008 einer Steigerung um 3,7 % entspricht (Quellen: Geschäftsbericht 2009 des ÖBB-Konzerns, Geschäftsbericht des ASFINAG-Konzerns 2009).

Zinsaufwand für die Finanzschulden (TZ 6.4)

Folgende Tabelle zeigt den Nettozinsaufwand für den Zeitraum 2005 bis 2009:

	2005	2006	2007	2008	2009	BVA 2009	Abweichung BVA : Erfolg
	in Mrd. EUR						
Zinsaufwand	7,767	8,802	7,942	7,881	7,496	7,439	0,056
Sonstiger Aufwand	0,286	0,545	0,628	0,242	0,268	0,318	- 0,050
Aufwendungen aus WTV	1,381	1,858	2,402	2,546	2,368	2,375	- 0,007
Summe Ausgaben	9,434	11,205	10,972	10,669	10,132	10,133	- 0,001
Zinseinnahmen	0,720	0,795	0,688	0,607	0,590	0,355	0,236
Sonstige Einnahmen	0,609	0,619	0,514	0,172	0,298	0,009	0,289
Einnahmen aus WTV	1,638	2,945	3,013	3,188	2,525	2,471	0,053
Summe Einnahmen	2,967	4,360	4,216	3,967	3,413	2,835	0,578
Zinsaufwand, netto	6,466	6,846	6,757	6,702	6,718	7,298	- 0,579

Im Finanzjahr 2009 waren für die Verzinsung der Finanzschulden 7,496 Mrd. EUR und für Aufgeld und sonstige Aufwendungen (z.B. für Provisionen und Emissionsverluste) 0,268 Mrd. EUR an Ausgaben zu leisten. In Summe betragen 2009 die Zahlungen für den Zinsaufwand und den sonstigen Aufwand 7,764 Mrd. EUR.

Diesen Aufwendungen standen Einnahmen aus Stückzinsen und im Bundesbesitz befindliche Anleihen von 0,590 Mrd. EUR sowie Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen von insgesamt 0,298 Mrd. EUR gegenüber. Der Saldo der Einnahmen (2,525 Mrd. EUR) und Ausgaben (2,368 Mrd. EUR) der Währungstauschverträge ergab einen Überschuss von 0,157 Mrd. EUR. Daraus ergab sich für 2009 ein Nettozinsaufwand von 6,718 Mrd. EUR. Dieser lag um 0,579 Mrd. EUR (-7,9 %) unter dem Bundesvoranschlag.

BUNDESHAFTUNGEN

Bundeshaftungen (TZ 7.1)

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem dabei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt. Ebenso haftet der Bund aufgrund § 1 Abs. 2 und Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 i.d.G.F. für die bis 31. Dezember 2000 eingegangenen Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung und den Stand der vorläufigen Bundeshaftungen für den Zeitraum 2005 bis 2009:

Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2008/2009	
	in Mrd. EUR						in %
Anfangsbestand	61,849	67,704	73,250	87,030	112,595	+ 25,565	+ 29,4
+ Zugang	+ 22,914	+ 26,738	+ 35,636	+ 46,595	+ 100,449	+ 53,854	+ 115,6
- Abgang	- 17,021	- 20,867	- 21,839	- 21,871	- 88,542	+ 66,671	+ 304,8
+/- Kurswertänderung	- 0,037	- 0,326	- 0,017	+ 0,841	- 0,022	- 0,863	- 102,6
Endbestand	67,704	73,250	87,030	112,595	124,479	+ 11,884	+ 10,6
davon in heimischer Währung	46,326	52,649	66,682	85,264	98,586	+ 13,323	+ 15,6
davon in Fremdwährung	21,378	20,600	20,348	27,331	25,892	- 1,439	- 5,3
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes	5,315	4,359	3,732	3,235	3,147	- 0,088	- 2,7

Kurzfassung

Zum Jahresende 2009 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 124,479 Mrd. EUR (2008: 112,595 Mrd. EUR); das entspricht einem Zugang von 10,6 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 100,449 Mrd. EUR und durch Verminderung von 88,542 Mrd. EUR, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw. das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Zusätzlich verminderten Kurswertänderungen die Haftungen in Fremdwährung um 0,022 Mrd. EUR.

Aus den Haftungsübernahmen erwuchsen dem Bund Ausgaben für Schadenszahlungen und sonstige Kosten von insgesamt 0,648 Mrd. EUR; diesen standen Einnahmen aus Entgelten und Rückersätzen von 0,697 Mrd. EUR gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang von 0,049 Mrd. EUR.